

Vergleichende Politikwissenschaft

Theresa Smolka

# Belastungsprobe für die Europäische Union

Veränderung der Demokratiequalität  
in den 27 Mitgliedstaaten zwischen  
2004 und 2012

**EXTRAS ONLINE**



Springer VS

---

# Vergleichende Politikwissenschaft

## **Reihe herausgegeben von**

Steffen Kailitz, Dresden, Deutschland

Susanne Pickel, Duisburg, Deutschland

Claudia Wiesner, Fulda, Deutschland

Die Schriftenreihe „Vergleichende Politikwissenschaft“ wird im Auftrag der gleichnamigen Sektion der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft durch Steffen Kailitz, Susanne Pickel und Claudia Wiesner herausgegeben. Ziel der Reihe ist es, Themen, Fragestellungen, Inhalte, Konzepte und Methoden politikwissenschaftlicher vergleichender Forschung und Lehre in ihrer ganzen Breite zu diskutieren. Die Reihe nimmt nach einem Begutachtungsverfahren hervorragende Arbeiten aus allen theoretischen und methodischen Richtungen der Vergleichenden Politikwissenschaft auf.

Die Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ ist eine der größten und ältesten Sektionen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Der Bereich der Vergleichenden Politikwissenschaft (Comparative Politics) deckt von der Vergleichenden Regierungslehre bzw. dem Vergleich politischer Systeme über die Vergleichende Demokratie-, Autokratie-, Transformations- und Demokratisierungsforschung sowie die vergleichende Forschung zu Parteien und Interessenverbänden bis hin zur Vergleichenden Policy- und Wohlfahrtsstaatsforschung ein sehr breites Feld ab. Die Vergleichende Politikwissenschaft ist dabei in der inhaltlichen, geographischen und methodischen Ausrichtung (qualitative und quantitative Methoden) per se pluralistisch angelegt.

Die Schriftenreihe „Vergleichende Politikwissenschaft“ bietet entsprechend der Ausrichtung und den Zielen der Sektion ein Forum für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich in Forschung und Lehre mit Themen und Fragestellungen aller Teilbereiche der Vergleichenden Politikwissenschaft befassen. Die Reihe steht damit explizit Beiträgen aus allen theoretischen und methodischen Zugängen der Vergleichenden Politikwissenschaft offen, und es sind sowohl theoretisch und/oder konzeptionell, empirisch und auch methodisch ausgerichtete Schriften willkommen. Entsprechend der Internationalität der Vergleichenden Politikwissenschaft versteht sie sich auch als ein internationales Forum des wissenschaftlichen Diskurses. In der Reihe erscheinen deutsch- wie englischsprachige Bände.

Die Qualität der Beiträge der Sektionsreihe sichert neben dem Herausgeberkreis ein wissenschaftlicher Beirat. Ihm dankt der Herausgeberkreis für seine engagierte Arbeit.

Dem wissenschaftlichen Beirat gehören an:  
Dirk Berg-Schlosser (Philipps-Universität Marburg)  
Patrick Bernhagen (Universität Stuttgart)  
Claudia Derichs (Philipps-Universität Marburg)  
Rolf Frankenberger (Universität Tübingen)  
Michael Hein (Humboldt-Universität Berlin)  
Niilo Kauppi (University of Jyväskylä)  
Marianne Kneuer (Universität Hildesheim)  
Michèle Knodt (Technische Universität Darmstadt)  
Sabine Kropp (Freie Universität Berlin)  
Ina Kubbe (Leuphana Universität Lüneburg)  
Hans-Joachim Lauth (Universität Würzburg)  
Anja Mihr (The Hague Institute for Global Justice)  
Clara Portela (University of Valencia, Valencia)  
Svend-Erik Skaaning (Universität Aarhus)  
Toralf Stark (Universität Duisburg-Essen)  
Brigitte Weiffen (Universidade de São Paulo)  
Stefan Wurster (Hochschule für Politik München)

---

Theresia Smolka

# Belastungsprobe für die Europäische Union

Veränderung der Demokratiequalität  
in den 27 Mitgliedstaaten zwischen  
2004 und 2012

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Susanne Pickel

 Springer VS



## Geleitwort

Eine Regression der Demokratie, der Verfall oder gar der bewusste Abbau der demokratischen Leitprinzipien *Freiheit, Gleichheit und Kontrolle*, die sich u. a. in Gewaltenteilung, Medien- und Informationsfreiheit, Organisationsfreiheit, Menschen- und Bürgerrechten, freien und fairen Wahlen und einer wirksamen Opposition ausdrücken, in größerem Umfang, war in Europa lange Zeit nicht denkbar. Nach dem Erfolg der Transformationen sozialistischer zu demokratischen politischen Systemen in Osteuropa ab 1989 hatte die liberale Demokratie scheinbar *die Schlacht gewonnen*. Europa war, bis auf wenige Ausnahmen, frei. Dass zur Demokratie auch der Verlust von politischer Macht nach freien und fairen Wahlen gehört, Regierungsmacht also gewonnen und wieder verloren werden kann, wird zwar allgemein als Kennzeichen liberaler Demokratien angenommen, so ganz scheint sich dieser Gedanke jedoch nicht überall durchgesetzt zu haben. Um die Einschränkung, wenn nicht gar Abschaffung grundlegender demokratischer Prinzipien wie die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative durch demokratisch gewählte Regierungen unter der Leitung eines mehr oder weniger charismatischen politischen Führers zu beobachten, muss man heute (leider) Europa nicht mehr verlassen. In westlichen wie östlichen europäischen Staaten breitet sich das Virus der Einschränkung demokratischer Rechte zum angeblichen Schutz und Wohle der Demokratie – und vor allem der Nation – aus. Schutz und Wohl gelten jedoch in vielen Fällen zunächst der eigenen Machtsicherung, wofür der Abbau grundlegender demokratischer Rechte und Institutionen ohne Hemmungen vollzogen werden. Europäische Spitzenreiter der Regression der Demokratie sind derzeit Polen und Ungarn: „Weder Ungarn noch Polen könnten in ihrer heutigen Verfassung noch Mitglied der EU werden. Sie erfüllen die Kopenhagener Kriterien nicht.“ (Osteuropa Themenband „Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen“ 3–5/2018)

Diese Ausbreitung eines *Decline of Democracy* bzw. die Frage danach, ob dies in Europa der Fall ist, steht im Mittelpunkt der Dissertati-

onsschrift von Theresia Smolka. Sie greift damit eine nicht (nur demokratietheoretisch) wichtige Forschungsfrage auf. Theresia Smolka gibt anhand objektiver, wissenschaftlicher Kriterien und analytischer Methoden eine empirische Antwort auf diese Fragestellung und illustriert, welche politischen Wege Teile Europas einschlagen. Ihre spannende und überaus systematisch durchgeführte Arbeit zeigt die Wege in die Regression der betroffenen europäischen Länder. Welches analytische Verfahren Theresia Smolka auch anwendet (sie beherrscht sie alle hervorragend: deskriptive Maßzahlen, Korrelation, logistische Regression, Cluster- und Faktorenanalyse sowie csQCA) – das so empirisch festgestellte Ausmaß der Verletzung demokratischer Prinzipien, auch in westeuropäischen Mitgliedsstaaten, macht wenig Hoffnung auf ein geeintes, *lupenreines* demokratisches Europa.

Ihr Fazit und Plädoyer „Europa, es wird Zeit zu handeln“ beschreibt den Weg zu Vielem, was heute virulent ist: Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn, ein zum *Brexit* unfähiges britisches Parlament, ein ungarischer Regierungschef, der *nützliche Idioten* seiner eigenen europäischen Partei als Migrationsförderer plakatiert und verunglimpft und eine EU, die trotz ihrer Sanktionsmöglichkeiten zahnlos gegenüber der Verletzung grundlegender demokratischer Rechte erscheint. Theresia Smolka kann wissenschaftlich belegen, dass die *Rolle als Hüterin der demokratischen Grundwerte* der EU zu relativieren ist – kein optimistischer Befund einer längst notwendigen, sorgfältigen und methodensicheren Untersuchung.

Ich würde mir wünschen, die Mitglieder der EU-Institutionen würden zur Lektüre dieser Dissertation verpflichtet. Sie ist ein Spiegel in der Hand der EU-Institutionen.

Prof. Dr. Susanne Pickel  
Professur für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität  
Duisburg-Essen

## Danksagung

Die vorliegende Dissertation entstand im Rahmen eines Promotionsstipendiums der Stiftung Mercator und der NRW School of Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen am Lehrstuhl Vergleichende Politikwissenschaft.

Für einen Promovenden sind nach Jahren intensiver und ausdauernder Arbeit die Momente unvergesslich, wenn das Rätsel des Promotions-themas gelüftet ist und das, was bis dahin im Dunkeln lag, chaotisch und wirr erschien, plötzlich in einem klaren und strahlenden Licht vor einem liegt. Eine der Lektionen dieser Zeit: Wissenschaft ist nicht allein möglich. Fortschritte werden erst durch zahlreiche und wertvolle Gespräche mit anderen erzielt. Auch meine Doktorarbeit – wenngleich ich sie selbst schreiben musste – ist nicht mein alleiniges Werk. Hierzu haben eine Vielzahl an Personen beigetragen, ohne deren Mithilfe diese Promotion niemals zustande gekommen wäre. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, mich bei einigen von ihnen an dieser Stelle besonders zu bedanken.

An erster Stelle möchte ich meiner Doktormutter Professorin Dr. Susanne Pickel für ihre ausgezeichnete Betreuung während der gesamten Promotionszeit danken. Sie hatte stets ein offenes Ohr für meine Anliegen und Probleme, und hat mir in zahlreichen Gesprächen geholfen. Das habe ich nie als selbstverständlich angesehen und hätte ich mir nicht besser wünschen können. Mein Dank gilt natürlich auch Professorin Marianne Kneuer für die Übernahme des Zweitgutachtens.

An zweiter Stelle danke ich von ganzem Herzen meinem Partner Toralf Stark, der mich nicht nur motivierte dieses Projekt anzugehen, sondern auch während der gesamten Promotionszeit unterstützte. Die unzähligen inhaltlichen Diskussionen brachten so manche thematisch ziel-führende Wende in meine Dissertation. Auch wenn ich mit der Arbeit in einer schweren Phase steckte, schaffte er es, mich mit viel Geduld, Vertrauen und Verständnis aufzubauen. Ohne die unermüdliche Unterstützung, Kraft und Motivation, die er mir gegeben hat, wäre diese Arbeit in der vorliegenden Form nicht entstanden. Dafür kann ich gar nicht genug danken.

Weiterhin danke ich dem Team der NRW School of Governance sowie Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte dafür, dass ich meine Promotion von 2013 bis 2015 in einem sehr kollegialen und Wissenschaft fördernden Umfeld erstellen konnte. Insbesondere danke ich Carolin Höhle für ihre freundschaftliche und stets motivierende Unterstützung.

Für die vielen intensiven und inhaltlich wertvollen Diskussionen, die konstruktiven Hinweise, Ideen, Umsetzungsvorschläge und Korrekturen danke ich ganz herzlich Gert Pickel, Cemal Öztürk, Merve Schmitz-Vardar und Martin Groß.

Christian Sprenger danke ich ganz besonders – zum einen für die mühevolle inhaltliche und sprachliche Korrektur dieser Doktorarbeit, zum anderen für den Rückhalt und die vielen Kaffeerunden, wenn sie nötig waren.

Allen meinen Freunden danke ich für die Ausdauer, Ruhe und Geduld, womit sie mich immer wieder aufgemuntert haben.

Und, last but not least, gilt natürlich mein ganz besonderer Dank meiner Familie, die mir stets den Rücken gestärkt, mir Motivation gegeben und Ablenkung verschafft hat, um diese zum Teil kaum bewältigbar erscheinende Herausforderung meistern zu können.

Berlin, April 2019

Theresia Smolka

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>XIII</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>XV</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>XXI</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2 Theoretische Konzeption</b>	<b>17</b>
2.1 Europäische Union: Entwicklung einer demokratischen Identität.....	19
2.1.1 Von den Römischen Verträgen zur ersten Norderweiterung.....	20
2.1.2 Von der Süderweiterung zur Einheitlichen Europäischen Akte .....	24
2.1.3 Der Vertrag von Maastricht und die zweite Norderweiterung.....	26
2.1.4 Die Schärfung der demokratischen Identität im Zuge der Osterweiterung .....	29
2.1.5 Lehren aus der Osterweiterung: der Fall Kroatien.....	35
2.1.6 Demokratieverständnis der EU .....	39
2.1.7 Die Kopenhagener Kriterien.....	41
2.1.8 Exkurs: Sanktionsmöglichkeiten der EU.....	53
2.1.9 Zusammenfassung .....	63
2.2 Demokratie, Qualität und Rückentwicklungen der Qualität von Demokratie .....	65
2.2.1 Empirische Demokratietheorien – Definitionen und Konzepte .....	66
2.2.2 Das Konzept der embedded democracy .....	79
2.2.3 Schnittmenge zwischen europäischem und empirisch-theroretischem Demokratieverständnis.....	95
2.2.4 Qualität von Demokratie .....	100
2.2.5 Der Rückgang der Qualität von Demokratie oder: Decline of Democracy .....	111
2.2.6 Zusammenfassung .....	121

2.3	Rahmenbedingungen von Demokratiequalität und Decline of Democracy .....	123
2.3.1	Sozioökonomischer Kontext: Modernisierungstheorie .....	124
2.3.2	Kulturelle Rahmenbedingungen: Politische Kultur.....	145
2.3.3	Regionale Rahmenbedingungen: differenzierte Integration und Europäisierung.....	158
2.3.4	Zusammenfassung .....	168
2.3.5	Annahmen, Hypothesen und Fragestellungen der Arbeit.....	171
<b>3</b>	<b>Methodische Konzeption der Dissertation</b>	<b>183</b>
3.1	Fallauswahl .....	183
3.2	Daten und Analysezeitpunkte .....	191
3.3	Operationalisierung .....	200
3.3.1	Abhängige Variable – Decline of Democracy .....	201
3.3.2	Unabhängige Variablen – Rahmenbedingungen des Decline of Democracy .....	233
3.3.3	Übersicht über die Indikatoren .....	249
3.4	Angewendete Analyseverfahren .....	250
<b>4</b>	<b>Empirische Analyse eines Decline of Democracy in den EU-Mitgliedstaaten</b>	<b>275</b>
4.1	Das Niveau der Demokratiequalität in den EU- Mitgliedsländern .....	276
4.1.1	Die Demokratiequalität der 27 EU-Mitglieder .....	277
4.1.2	Das Prinzip der Freiheit .....	285
4.1.3	Das Prinzip der Gleichheit .....	290
4.1.4	Das Prinzip der Kontrolle .....	295
4.1.5	Exkurs: Demokratiequalität in der EU – eine Frage der Balance? .....	302
4.1.6	Zusammenfassung .....	313
4.2	Veränderungen in der Demokratiequalität .....	317

---

4.2.1	Veränderungen der Gesamtqualität.....	317
4.2.2	Veränderungen des Prinzips der Freiheit .....	327
4.2.3	Veränderungen des Prinzips der Gleichheit .....	334
4.2.4	Veränderungen des Prinzips der Kontrolle .....	341
4.2.5	Zusammenfassung .....	348
4.3	Verschlechterung der Demokratiequalität oder Decline of Democracy? .....	352
4.3.1	Bestimmung eines Decline of Democracy 2004 bis 2008.....	352
4.3.2	Bestimmung eines Decline of Democracy 2008 bis 2012.....	356
4.3.3	Zusammenfassung .....	360
4.4	Spurensuche: Verortung des Decline of Democracy .....	362
4.4.1	Prinzip Freiheit: individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit .....	364
4.4.2	Prinzip Gleichheit: Transparenz, Partizipation und Repräsentation.....	373
4.4.3	Prinzip Kontrolle: Wettbewerb, Gewaltenkontrolle und Regierungsfähigkeit .....	383
4.4.4	Die Funktionen und die Teilregime der embedded democracy .....	394
4.4.5	Zusammenfassung .....	396
4.5	Decline of Democracy in der EU – Freiheit und Kontrolle auf dem Rückzug .....	401
<b>5</b>	<b>Rahmenbedingungen eines Decline of Democracy</b>	<b>409</b>
5.1	Bestimmung aussagekräftiger Rahmenbedingungen .....	411
5.2	Verteilung aussagekräftiger Rahmenbedingungen .....	419
5.3	Auswertung der Effekte aussagekräftiger Rahmenbedingungen .....	445
5.3.1	Effekte der Rahmenbedingungen auf den Decline of Democracy 2004 bis 2008 .....	446

---

5.3.2	Effekte der Rahmenbedingungen auf den Decline of Democracy 2008 bis 2012 .....	455
5.3.3	Zusammenfassung .....	463
5.4	Kombinatorische Determinanten des Decline of Democracy: csQCA.....	465
5.4.1	An- und Abwesenheit der relevanten Rahmenbedingungen.....	466
5.4.2	Überblick über die Rahmenbedingungen: die Wahrheitstafel .....	468
5.4.3	Analyse notwendiger und hinreichender Bedingungen für einen Decline of Democracy .....	472
5.4.4	Zusammenfassung .....	481
5.5	(K)eine Erklärung für einen Decline of Democracy .....	483
<b>6</b>	<b>Decline of Democracy – es besteht Handlungsbedarf</b>	<b>487</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>513</b>
	<b>Anhang</b>	<b>569</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Die demokratische Entwicklung der EWG beziehungsweise EU .....	35
Abbildung 2.2	Die politischen Kopenhagener Kriterien .....	45
Abbildung 2.3	Kopenhagener Kriterien Demokratie und Rechtsstaatlichkeit .....	47
Abbildung 2.4	Konzept der embedded democracy .....	79
Abbildung 2.5	Modernisierungstheorie nach Lipset (1959) .....	128
Abbildung 2.6	Die Effekte sozioökonomischer Entwicklung auf die Humanentwicklung .....	141
Abbildung 2.7	Das Modell der Systemunterstützung von Pippa Norris .....	151
Abbildung 2.8	Mehrdimensionales Konzept der politischen Unterstützung .....	155
Abbildung 3.1	Analysemodell .....	201
Abbildung 3.2	Konzeptbaum des Demokratie Barometers .....	205
Abbildung 3.3	Konzeptbaum des Prinzips Freiheit des Demokratie Barometers .....	208
Abbildung 3.4	Konzeptbaum des Prinzips Gleichheit des Demokratie Barometers .....	213
Abbildung 3.5	Konzeptbaum des Prinzips Kontrolle des Demokratie Barometers .....	219
Abbildung 3.6	Differenzierte Integration in der EU (2012) .....	245
Abbildung 3.7	Unterscheidung zwischen Hauptkomponentenanalyse und Hauptachsen-Faktorenanalyse .....	257
Abbildung 4.1	Schematische Übersicht über die Analyseebenen .....	276
Abbildung 4.2	Demokratiequalität der 27 EU-Mitglieder 2004, 2008 und 2012 .....	277
Abbildung 4.3	Verteilung des Prinzips Freiheit in den 27 EU-Staaten 2004, 2008 und 2012 .....	285
Abbildung 4.4	Verteilung des Prinzips Gleichheit in den 27 EU-Staaten 2004, 2008 und 2012 .....	290

---

Abbildung 4.5	Verteilung des Prinzips Kontrolle in den 27 EU-Staaten 2004, 2008 und 2012.....	297
Abbildung 4.6	Demokratiequalität in den 27 EU-Mitgliedern 2004 – eine Frage der Balance? .....	304
Abbildung 4.7	Demokratiequalität in den 27 EU-Mitgliedern 2008 – eine Frage der Balance? .....	307
Abbildung 4.8	Demokratiequalität in den 27 EU-Mitgliedern 2012 – eine Frage der Balance? .....	311
Abbildung 4.9	Veränderungen der Demokratiequalität (Differenzwert) der 27 EU-Mitglieder von 2004 zu 2008 und 2008 zu 2012 .....	318
Abbildung 4.10	Differenzwerte des Prinzips Freiheit der 27 EU-Mitglieder von 2004 zu 2008 und 2008 zu 2012.....	328
Abbildung 4.11	Differenzwerte des Prinzips Gleichheit der 27 EU-Mitglieder von 2004 zu 2008 und 2008 zu 2012.....	335
Abbildung 4.12	Veränderungen des Prinzips Kontrolle der 27 EU-Mitglieder von 2004 zu 2008 und 2008 zu 2012.....	342
Abbildung 4.13	Übersicht über den Decline of Democracy in den EU-Mitgliedsstaaten 2004–2008.....	360
Abbildung 4.14	Übersicht über den Decline of Democracy in den EU-Mitgliedsstaaten 2008–2012.....	361
Abbildung 5.1	Verteilung des Anteils der Beschäftigten im tertiären Sektor (Modernisierungsfaktor I) 2004, 2008 und 2012 (in Prozent) .....	421
Abbildung 5.2	Verteilung der Einkommensungleichheit (Modernisierungsfaktor II) 2004, 2008 und 2012....	423
Abbildung 5.3	Verteilung des Bildungsniveaus (Modernisierungsfaktor III) 2012.....	425
Abbildung 5.4	Verteilung des Vertrauens ins nationale Parlament (Faktor politische Kultur) 2004, 2008 und 2012 .....	431
Abbildung 5.5	Verteilung der Variable Integrationstiefe 2004, 2008 und 2012 .....	435

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1	Zuordnung der Teilregime zu den drei Grundprinzipien der Demokratie und den drei Dimensionen der Demokratiedefinition nach Merkel .....	81
Tabelle 2.2	Dimensionen, Teilregime und Kriterien der embedded democracy.....	89
Tabelle 2.3	Prinzipien, Dimensionen und Kriterien der Demokratiekonzeption der EU und Merkel .....	97
Tabelle 2.4	Konzepte der Qualität von Demokratie .....	103
Tabelle 2.5	Decline of Democracy begünstigende Faktoren .....	120
Tabelle 2.6	Übersicht über quantitative Analysen zum Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Demokratie .....	133
Tabelle 2.7	Übersicht über quantitative Analysen zum Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Demokratie.....	136
Tabelle 2.8	Operationalisierung der Materialismus-/Postmaterialismus-Skala .....	144
Tabelle 2.9	Übersicht über die einzelnen Differenzierungskonzepte .....	162
Tabelle 3.1	Demokratieeinstufung der EU-27 zum Zeitpunkt ihres Beitritts respektive Abschlusses der Beitrittsverhandlungen durch den Freedom-House-Index und Polity IV.....	187
Tabelle 3.2	Demokratiemerkmalen Freedom-House-Index und Polity IV EU-27 (2004) .....	190
Tabelle 3.3	Verwendete Datenquellen für die Längs- und Querschnittsanalysen.....	193
Tabelle 3.4	Fallauswahl der 15 EU-Blueprint-Länder 1993 bis 2003.....	230
Tabelle 3.5	Übersicht über die Indikatoren des Demokratie Barometers: Werte und Standardisierung.....	232

---

Tabelle 3.6	Variablen der politischen Kultur mit entsprechender Kodierung.....	241
Tabelle 3.7	Operationalisierung der differenzierten Integration.....	246
Tabelle 3.8	Operationalisierung des Europäisierungsgrades.....	248
Tabelle 3.9	Übersicht über die verwendeten Indikatoren .....	249
Tabelle 4.1	Deskriptive Kennzahlen der Demokratiequalität der Gruppen EU-27, alte und neue EU-Mitglieder für die Jahre 2004, 2008 und 2012.....	278
Tabelle 4.2	EU-Mitglieder ober- und unterhalb des EU-Durchschnitts der Gesamtqualität.....	281
Tabelle 4.3	Deskriptive Kennzahlen des Prinzips Freiheit der Gruppen EU-27, alte und neue EU-Mitglieder für die Jahre 2004, 2008 und 2012.....	286
Tabelle 4.4	Deskriptive Kennzahlen des Prinzips Gleichheit der Gruppen EU-27, alte EU-Mitglieder und neue EU-Mitglieder für die Jahre 2004, 2008 und 2012 .....	291
Tabelle 4.5	Deskriptive Kennzahlen des Prinzips Kontrolle der Gruppen EU-27, alte und neue EU-Mitglieder für die Jahre 2004, 2008 und 2012 .....	296
Tabelle 4.6	Übersicht über die EU-Mitglieder mit einer relativ ausgeglichenen Balance der drei Prinzipien 2004, 2008 und 2012 .....	312
Tabelle 4.7	Übersicht über Verbesserungen, Stagnation und Verschlechterungen der Demokratiequalität (2004–2008 und 2008–2012).....	320
Tabelle 4.8	Deskriptive Kennzahlen der Differenzwerte der Demokratiequalität für die Gruppen EU-27, alte EU-Mitglieder und neue EU-Mitglieder (2004–2008 und 2008–2012).....	322
Tabelle 4.9	Übersicht über Verbesserungen, Stagnation und Verschlechterungen des Prinzips Freiheit (2004–2008 und 2008–2012).....	329
Tabelle 4.10	Deskriptive Kennzahlen der Differenzwerte des Prinzips Freiheit für die EU-27, alte und neue EU-Mitglieder (2004–2008 und 2008–2012).....	330

Tabelle 4.11	Übersicht über Verbesserungen und Verschlechterungen des Prinzips Gleichheit (2004–2008 und 2008–2012).....	336
Tabelle 4.12	Deskriptive Kennzahlen der Differenzwerte des Prinzips Gleichheit für die EU-27, alte und neue EU-Mitglieder (2004–2008 und 2008–2012).....	337
Tabelle 4.13	Übersicht über Verbesserungen, Stagnation und Verschlechterungen des Prinzips Kontrolle (2004–2008 und 2008–2012).....	344
Tabelle 4.14	Deskriptive Kennzahlen der Veränderungen des Prinzips Kontrolle für die EU-27, alte und neue EU-Mitglieder (2004–2008 und 2008–2012).....	345
Tabelle 4.15	Veränderungen der Demokratiequalität, Freiheit, Gleichheit und Kontrolle zur Bestimmung eines Decline of Democracy von 2004 zu 2008 .....	353
Tabelle 4.16	Veränderungen der Demokratiequalität, Freiheit, Gleichheit und Kontrolle zur Bestimmung eines Decline of Democracy von 2008 zu 2012 .....	356
Tabelle 4.17	Niveau der Funktionen Individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit 2004, 2008 und 2012 .....	366
Tabelle 4.18	Funktionen des Freiheitsprinzips mit der jeweils höchsten negativen Ausprägung zwischen 2004 und 2008 sowie 2008 und 2012 .....	373
Tabelle 4.19	Niveau der Funktionen Transparenz, Partizipation und Repräsentation 2004, 2008 und 2012.....	376
Tabelle 4.20	Funktionen mit der höchsten negativen Ausprägung zwischen 2004 und 2008 sowie 2008 und 2012.....	382
Tabelle 4.21	Niveau der Funktionen Wettbewerb, Gewaltenkontrolle und Regierungsfähigkeit 2004, 2008 und 2012 .....	386
Tabelle 4.22	Funktionen mit der höchsten negativen Ausprägung zwischen 2004 und 2008 sowie 2008 und 2012.....	393

Tabelle 4.23	Häufigkeit, in der die jeweiligen Funktionen ausschlaggebend für die Verschlechterung des Teilregimes sind .....	395
Tabelle 5.1	Explorative Hauptkomponentenanalyse mit obliquener Rotation für die Variablen der Modernisierungstheorie 2004, 2008 und 2012 .....	414
Tabelle 5.2	Explorative Hauptkomponentenanalyse mit obliquener Rotation für die Variablen der politischen Kultur 2004, 2008 und 2012 .....	416
Tabelle 5.3	Modernisierungsfaktoren in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2004 bis 2008 .....	426
Tabelle 5.4	Modernisierungsfaktoren in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2008 bis 2012 .....	429
Tabelle 5.5	Vertrauen ins nationale Parlament in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2004 bis 2008.....	433
Tabelle 5.6	Vertrauen ins nationale Parlament in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2008 bis 2012.....	434
Tabelle 5.7	Differenzierte Integration und Europäisierung in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2004 bis 2008 .....	437
Tabelle 5.8	Differenzierte Integration und Europäisierung in EU-Mitgliedern mit und ohne einen Decline of Democracy 2008 bis 2012 .....	439
Tabelle 5.9	Korrelationen zwischen Decline of Democracy (2004–2008) und unabhängigen Variablen 2004 (Modell I) sowie 2008 (Modell II).....	441
Tabelle 5.10	Korrelationen zwischen Decline of Democracy (2008–2012) und den unabhängigen Variablen 2008 (Modell III), 2012 (Modell IV) und 2004 (Modell V).....	444
Tabelle 5.11	Zusammenfassung der Gütemaße für die logistische Regression: Modell I und Modell II.....	449

---

Tabelle 5.12	Ergebnisse der Binär-Logistischen Regressionsanalyse für das Vorliegen eines Decline of Democracy 2004–2008.....	451
Tabelle 5.13	Anhand der logistischen Regression überprüfte Hypothesen: Modell I und Modell II.....	454
Tabelle 5.14	Zusammenfassung der Gütemaße für die logistische Regression: Modelle III, IV und V .....	458
Tabelle 5.15	Ergebnisse der Binär-Logistischen Regressionsanalyse für das Vorliegen eines Decline of Democracy 2008–2012.....	460
Tabelle 5.16	Anhand der logistischen Regression überprüfte Hypothesen: Modelle III, IV und V .....	462
Tabelle 5.17	csQCA: Rahmenbedingungen und ihre Kalibrierung...	466
Tabelle 5.18	csQCA Wahrheitstafel.....	469
Tabelle 5.19	Analyse notwendiger Bedingungen: Vorliegen eines Decline of Democracy .....	474
Tabelle 5.20	Analyse hinreichender Bedingungen: Vorliegen eines Decline of Democracy (komplexe Lösung) .....	476

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ANO	Partei Aktion unzufriedener Bürger (Politické hnutí ANO 2011)
ASEAN	Vereinigung südostasiatischer Staaten zur Förderung von Frieden und Wohlstand
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BReg	Bundesregierung
BSP	Bruttosozialprodukt
BTI	Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung
COM	Europäische Kommission
CSES	Comparative Study of Electoral Systems
csQCA	crisp-set QCA
CVM	Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien
DB	Demokratie Barometer
EB	Eurobarometer
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
ENP	Europäischen Nachbarschaftspolitik
EP	Europäisches Parlament
EPV	Europäische Parlamentarische Versammlung
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EUV	EU-Vertrag
EVS	European Values Study

---

EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FHI	Freedom-House-Index
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GRECO	Group of States against Corruption
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IDEA	Institute for Democracy and Electoral Assistance
KMO-Wert	Kaiser-Meyer-Olkin-Wert
Mercosur	Gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika
MOE	Mittel- und Osteuropa
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NCCR	National Centres of Competence in Research
NGO	Nichtregierungsorganisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PiS	Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość)
PZW	Proportionale Zufallswahrscheinlichkeit
QCA	Qualitative Comparative Analysis
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
TFEU	Treaty on the Functioning of the European Union
UNDP	United Nations Development Programme
UZH	Universität Zürich
VofP	Voice of the People
WB	Weltbank
WVS	World Values Survey



# 1 Einleitung

Europa, wir müssen reden. Spätestens mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der Achtziger scheint die dritte Demokratisierungswelle (Lauth et al. 2009, S. 37; Merkel 1999, S. 17) unaufhaltsam die Richtung vorzugeben: Die liberale Demokratie etabliert sich in den ehemaligen sozialistischen Regimen *Mittel- und Osteuropas* (MOE)<sup>1</sup> (Pickel 2012, S. 1; Merkel 2007, S. 414; Erdmann und Kneuer 2011, S. 9; Freedom House 2012; BTI 2014). In den Worten Francis Fukuyamas ist damit das Ende der Geschichte (1989) erreicht und der Sieger im ideologischen Wettstreit gekürt: die liberale Demokratie. Wie schnell aus der anfänglichen Euphorie Ernüchterung wird, zeigen die gemischte Bilanz der dritten Demokratisierungswelle sowie die aktuellen Entwicklungen in Mitgliedsländern der Europäischen Union (u. a. Ungarn und Polen; Stanley und Lee 2014; Krastev 2018, S. 49). Es gibt Gesprächs- und vor allem, Forschungsbedarf.

Als Ergebnis der abklingenden dritten Demokratisierungswelle fokussiert sich die Demokratieforschung in den Neunzigern auf die Probleme und Risiken der demokratischen Konsolidierung (Erdmann und Kneuer 2011, S. 9).<sup>2</sup> Darüber hinaus werden die Bedingungen für die Entstehung und das Überdauern von Demokratien eingehender untersucht (Erdmann 2011, S. 23; Diamond 1992; Epstein et al. 2006). Der entgegengesetzte Prozess einer Demokratisierung, der *Decline of Democracy*<sup>3</sup>, bleibt mit wenigen Ausnahmen (Puddington 2008c; Svobik 2008; Merkel 2010a; Linz 1978; Fish 2001; Diamond 2008) lange Zeit unbeachtet (Erdmann 2011, S. 23). Eine der frühen, grundlegenden Studien zu diesem Thema

---

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich um die Länder Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Slowakei, Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien.

<sup>2</sup> Während die osteuropäischen Staaten als weitestgehend konsolidiert gelten, erreichten zahlreiche Staaten in der Welt (z. B. in Afrika, Asien oder Lateinamerika) nicht diesen Stand der Konsolidierung. Sie blieben unkonsolidiert, entwickelten sich zu defekten Demokratien und hybriden Regimen oder zu Autokratien zurück (Erdmann und Kneuer 2011).

<sup>3</sup> In der Literatur werden *Regression of Democracy* und *Decline of Democracy* synonym verwendet. Dieser Vorgehensweise schließt sich die Autorin an.

verfasst Ende der Siebziger Linz (1978). Er analysiert den Zusammenbruch der Demokratien Westeuropas in der Zwischenkriegszeit und Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg. Seinen Fokus richtet er auf die akteurszentrierte Sichtweise des Prozesses. Neuere Arbeiten in dem Themenfeld beschäftigen sich mit der Entwicklung von theoriebasierten Analysekonzepten für die Klassifizierung und Bestimmung von der Demokratisierung entgegengesetzten Entwicklungen sowie ihrer empirischen Anwendung (Cassani und Tomini 2018; Waldner und Lust 2018; Lührmann und Lindberg 2018; Lührmann et al. 2018b; Lührmann et al. 2018a; Bermeo 2016; Coppedge 2017), dem Zusammenhang zwischen autoritärer Entwicklung und demokratischer Konsolidierung (Svolik 2008, 2015) sowie dem Aufdecken von Faktoren, die einen Rückfall von Staaten in autoritäre Strukturen verhindern können (Epstein et al. 2006; Tomini und Wagemann 2018; Pérez-Liñán und Altman 2017). Aktuell lassen sich vermehrt Entwicklungen beobachten, die entgegen der allgemeinen Demokratisierungstendenz verlaufen – Ungarn, Polen, Russland, Venezuela, die Ukraine und die Türkei gelten als die prominentesten Beispiele (Freedom House 2011; Pickel 2012, S. 1; Frankenberger und Graf 2011; Puddington 2011b, S. 8; Krastev 2018, S. 49).

Bereits für das Jahr 2010 konstatiert Freedom House (2011), dass die Zahl der Länder, die Rückschritte in den beiden Dimensionen politische Rechte und bürgerliche Freiheiten aufweisen, die Länder mit positiven Entwicklungen maßgeblich übersteigen. 25 Länder wiesen einen Rückschritt und lediglich 11 eine positive Entwicklung in den zwei Dimensionen des Freedom-House-Index auf (Freedom House 2011). Entgegen der Hoffnung, dass diese Entwicklung nicht voranschreiten würde, zementierte sich dieser Trend. Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten wurden weiter eingeschränkt, sodass sie 2017 ihren Tiefstand erreichten und sich im zwölften Jahr in Folge verschlechterten (Freedom House 2018). Dies stellt die längste Periode der Verschlechterung demokratischer Systeme seit Beginn des Freedom-House-Projektes dar (Puddington 2011b, S. 2; Abramowitz 2018; Freedom House 2018). Wie dieser Trend der Demokratieentwicklung zu bewerten ist, wird in der Forschungsdisziplin kontrovers debattiert: Neben der pessimistischen Sicht-

weise, die einen „overall rollback of democracy and a reverse wave“ (Erdmann und Kneuer 2011, S. 10) beziehungsweise eine „mild but protracted democratic recession“ (Diamond 2015, S. 144) sieht, werden die negativen Aussichten für die Demokratie in einer positiven Lesart nicht als Krise, sondern als Herausforderung betrachtet (Burnell und Youngs 2010).<sup>4</sup> Gleichzeitig gibt es Forscher, die das Postulat einer einsetzenden Re-Autokratisierung bzw. die negativen Aussichten für die Demokratie im globalen Kontext zurückweisen: „although democracy is certainly troubled in many places, when viewed relative to where it was at the start of this decade, democracy has not lost ground in the world overall“ (Carothers 2009, S. 1; Merkel 2010a; Levitsky und Way 2015; Lührmann und Lindberg 2018). Der prozentuale Anteil der Staaten, die vom Freedom-House-Index 2011 und 2018 als frei, teilweise frei und nicht frei eingestuft werden, entspricht annähernd den Werten des Jahres 2000 (Puddington 2011b, S. 5; Carothers 2009, S. 3; Freedom House 2018).

Die Rückentwicklung der Demokratie kann verschiedene Erscheinungsformen aufweisen und muss sich nicht zwangsläufig in einer Veränderung der Regimeform niederschlagen. Schmitter (2015) zufolge verzeichnen liberale Demokratien häufig Rückentwicklungen, die jedoch nicht die Demokratie an sich bedrohen. Die Verschlechterung der Demokratie kann in Form (1) einer *silent regression*, bei der eine Abnahme der Demokratiequalität zu verzeichnen ist, (2), eines Rückfalls der Demokratie in ein hybrides Regime und (3), eines vollständigen Zusammenbruchs der Demokratie auftreten (Erdmann und Kneuer 2011, S. 12; Cassani und Tomini 2018, S. 4). Die Verringerung der Demokratiequalität und die Hybridisierung gehören zu den vorherrschenden Mustern des *Decline of Democracy* (Erdmann 2011). Als Ausgangspunkt der Untersuchung des Phänomens der Rückentwicklung von Demokratie hat sich mittlerweile in der empirischen Demokratieforschung und Demokratiemessung die Konzeptualisierung und Erfassung der Qualität von Demokratie als eigenständiges Forschungsfeld herausgebildet. Obgleich Dissens über die Bedeutung von Qualität sowie ihrer konzeptionellen Merkmale besteht

---

<sup>4</sup> Der *rollback of democracy* umfasst die graduelle Erosion von Freiheiten, Rechten und Prozessen (Erdmann und Kneuer 2011).

(Munck 2016, S. 6f.), herrscht Konsens darüber, dass die Demokratiequalität mit einem Demokratiekonzept mittlerer Reichweite zu erfassen ist (Munck 2016, S. 8). Die Bestimmung der Qualität basiert auf den feinen Differenzen innerhalb der Ausprägungen der festgelegten Kriterien (Pickel 2006, S. 111; Munck 2016, S. 9). Ein Fehlen oder Defekt bestimmter Qualitätsmerkmale in den drei grundlegenden Prinzipien der Demokratie – politische Freiheit, Gleichheit sowie politische und rechtsstaatliche Kontrolle – wird allgemein als mögliche Ursache für die Gefährdung demokratischer Systeme betrachtet. Dabei sind die Zahl und die Art der Defekte im Institutionengefüge für die Qualität eines demokratischen Systems und für den *Decline of Democracy* von Bedeutung (Merkel et al. 2003).<sup>5</sup>

Die kontroverse Debatte in der Literatur über das Vorliegen eines *Decline of Democracy* zeigt deutlich, dass eine – in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen weitestgehend vernachlässigte – theoretische Konzeptualisierung und darauf basierende stringente empirische Anwendung notwendig ist (Cassani und Tomini 2018; Waldner und Lust 2018). Einigkeit herrscht unter den Wissenschaftlern, die eine Verschlechterung der Demokratiequalität konstatieren, darüber, dass der *Decline of Democracy* nicht ausschließlich auf junge Demokratien begrenzt, sondern auch in etablierten Demokratien zu beobachten ist (Erdmann und Kneuer 2011, S. 11; Braml und Lauth 2011). Merkel (2007, S. 417) weist darauf hin, dass ein erreichter Konsolidierungsstand der Demokratie „kein irreversibler Endzustand [ist]“ und ein „konsolidiertes demokratisches System [...] nicht gänzlich gegen potentielle Dekonsolidierungstendenzen immun [ist].“<sup>6</sup> Als mögliche Ursachen für die Veränderung der Demokratiequalität werden Institutionen sowie ökonomische Bedingungen eines Landes ge-

---

<sup>5</sup> Entsprechend der Ausprägung der Defekte oder der Abwesenheit bestimmter Merkmale können sich unterschiedliche demokratische politische Systeme entwickeln (Lauth 2006), denen wesentliche Eigenschaften einer liberalen Demokratie fehlen und die als „multifaceted ‚diminished subtypes‘ of democracy“ (Schedler und Sarsfield 2007) bezeichnet werden.

<sup>6</sup> Ein hoher Konsolidierungsgrad wird generell mit einem hohen Qualitätsniveau assoziiert. Eine unzureichende Konsolidierung beispielsweise auf der repräsentativen Ebene lässt auf eine niedrigere Demokratiequalität schließen (Kneuer 2011).

nannt (Erdmann 2011, S. 27–28, 34; Pickel 2012). Zudem wird der Beständigkeit einer Demokratie Bedeutung zugewiesen: Für ein politisches System, welches über einen längeren Zeitraum demokratisch ist, nehmen die Chancen zu, auch in der Zukunft als demokratisches System zu bestehen. Demgegenüber gelten junge Demokratien – besonders die der dritten Demokratisierungswelle – als anfälliger für systemische Veränderungen – sowohl hinsichtlich der Verbesserungen als auch Verschlechterungen (Pickel 2012, S. 4; Erdmann 2011, S. 27f.).

Die jungen EU-Staaten Mittel- und Osteuropas scheinen die Annahme hinsichtlich ihrer Vulnerabilität zu bestätigen: Der Nations-in-Transit-Bericht 2018 konstatiert, dass innerhalb der vergangenen zehn Jahre antidemokratische Tendenzen in diesen Staaten deutlich wurden, die ernsthafte Fragen ihrer demokratischen Überlebensfähigkeit aufwerfen (Puddington 2011b, S. 3; Walker und Habdank-Kolaczowska 2012, S. 1; Schenkkán 2018). Seit 2008 hat sich in jedem Land Mitteleuropas der Demokratiewert verschlechtert. Die stärksten Erosionen haben das unabhängige Mediensystem, der Wahlprozess, die Zivilgesellschaft, Justiz, die nationale demokratische Regierung sowie demokratische Institutionen wie das nationale Parlament und der Präsident erfahren (Schenkkán 2018). Vor allem Ungarn wird als „most glaring example among the newer European Union (EU) members“ (Walker und Habdank-Kolaczowska 2012, S. 1) apostrophiert. Die Demokratiebewertung Ungarns verringerte sich zehn aufeinanderfolgende Jahre. Damit weist es den größten kumulativen Rückgang des Demokratiewerts in der Geschichte des Nations-in-Transit-Index auf (Schenkkán 2018). Seit dem ersten Wahlsieg im Jahr 2010 hat die Regierung unter Ministerpräsident Victor Órban das politische System tiefgreifend verändert. Durch institutionelle Reformen und Verfassungsänderungen zentralisierte sie die politische Macht auf die Exekutive; während sie gleichzeitig die Judikative – besonders das Verfassungsgericht – untergrub. Die Gewaltenteilung gilt seitdem als stark geschwächt. Zusätzlich wechselte Órban das Personal auf allen relevanten Positionen in der Verwaltung, den Ministerien, der Justiz sowie den öffentlich-rechtlichen Medien und den kulturellen Instituten aus, sodass sie größtenteils von loyalen Anhängern besetzt sind (Bos 2018). Órban verfolgt seit 2014 zielstrebig die Schaffung eines *illiberalen Staates*, der

sich durch antielitäre und antipluralistische Merkmale, die Betonung des Kollektivs gegenüber dem Individuum und einem politischen Konstitutionalismus auszeichnet (Bos 2018, S. 24f.). Als Folge der Entwicklungen gehört Ungarn seit 2015 nicht mehr zur Gruppe der konsolidierten Demokratien, sondern wird vom Nations-in-Transit-Index als teilkonsolidiert eingestuft (Schenkkan 2018; Hegedüs 2018).

Zu dieser Gruppe zählen seit 2009 und 2004 auch Bulgarien und Rumänien (Ştefan et al. 2018; Zankina und Gurov 2018). Beide Länder zeigen negative Entwicklungen, welche die Gefahren eines Rückfalls in weniger demokratische Strukturen bergen. Die Rechtsstaatlichkeit ist schwach ausgeprägt, zudem herrscht ein hoher Grad an Korruption, so dass sie weiterhin von der EU mit einer *Nach-Beitritts-Konditionalität* in Form von Monitoring-Berichten überwacht werden (*Kooperations- und Überprüfungsmechanismus für Bulgarien und Rumänien, CVM*).<sup>7</sup> Ende 2018 veröffentlichte die EU-Kommission im Rahmen des CVM einen Fortschrittsbericht zum Reformprozess in Bulgarien und Rumänien. Während Bulgarien, abgesehen von bedenklichen Entwicklungen in der Medienlandschaft, wie intransparenter Eigentumsverhältnisse und die Umgehung journalistischer Standards, große Fortschritte attestiert werden und die Kommission eine Beendigung des CVM bis Mai 2019 in Aussicht stellt, kritisiert sie die nachlassende und sich zum Teil ins Negative umkehrende Reformdynamik in Rumänien. Fortschritte seien ausgeblieben und erreichte Reformen zurückgenommen oder durch die Regierung infrage gestellt worden. Vor allem den Rechtsstaat sieht die Kommission in Rumänien in Gefahr, da die Unabhängigkeit der Justiz durch verabschiedete Gesetze geschwächt wurde und die Vollendung der Justizreform ins Stocken geraten ist (Rank 2018; Council of the European Union 2018; European Commission 2018a, 2018b, 2018c). In Rumänien offenbart sich zudem ein „all-time low of public trust in politics“ (BTI 2012, S. 3), das auf eine abnehmende Bedeutung demokratischer Werte oder ihre

---

<sup>7</sup> In die Beitrittsverträge der beiden Staaten wurde eine Schutzklausel aufgenommen, welche es der EU erlaubt, beim Auftreten von Unregelmäßigkeiten oder Korruption bei der Vergabe von EU-Fördermitteln entsprechende Gelder zu streichen. Bulgarien wurde aus diesen Gründen 2008 eine Million Euro an Fördermitteln eingefroren (Schimmelfennig und Schweltnus 2011).

unzureichende Verankerung in der Bevölkerung nach der Institutionalisierung der jungen Demokratie hindeutet und ebenfalls einen *Decline of Democracy* befördern kann (Pickel 2012, S. 2).

Zusätzlich zu diesen drei Ländern zeigen jüngst Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei besorgniserregende Demokratieentwicklungen (Krastev 2018, S. 50). Polen sticht seit dem Wahlsieg der *Partei Recht und Gerechtigkeit* (PiS) 2015 heraus. Der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński, macht kein Geheimnis aus seiner Bewunderung für die von Orbán vollzogenen illiberalen Reformen der ungarischen Verfassung. Im Jahr 2011 verkündete er, dass das Ziel seiner Partei die Schaffung eines Budapests in Warschau sei (Jaskulski 2017, S. 56). Der seit 2016 von der PiS forcierte Umbau der polnischen Justiz, der u. a. Reformen des Verfassungsgerichts, des Landesrichterrats und der allgemeinen Gerichte vorsieht, sowie ein neues Mediengesetz, das der Regierung erlaubt, Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien zu besetzen, werden von der EU als systematische Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip betrachtet.

In der Folge leitete die Kommission gegen die Zwangspensionierung der obersten Richter und Richterinnen ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem *Europäischen Gerichtshof* (EuGH) ein. Zusätzlich wendete sie den 2014 geschaffenen *Neuen Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips* zwischen Januar 2016 und Dezember 2017 an. Am 20. Dezember 2017 forderte die Kommission erstmals in der Geschichte der EU den Rat auf, im Rahmen des *Frühwarnsystems* nach Artikel 7 Absatz 1 EUV zu prüfen, ob schwerwiegende Verletzungen grundlegender Werte der EU in Polen vorliegen (Hummer 2018).

Aber auch die fünfzehn *älteren* EU-Mitgliedsstaaten sind vor dem Phänomen des *Decline of Democracy* nicht gefeit. Der Freedom-House-Index 2011 verzeichnet für Frankreich sinkende Werte bei den bürgerlichen Freiheiten (Puddington 2011b, S. 3). Die Gründe liegen im Umgang mit den Immigranten aus dem Nahen Osten und Afrika sowie den Roma aus Osteuropa. Italien und Griechenland weisen gravierende Probleme in der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität auf, die institutionellen Mängel haben in beiden Ländern zugenommen (Motzkau

2013; Kelemen und Blauburger 2017, S. 317). Italien verfügt darüber hinaus ebenso wie einige der *neuen* Mitgliedsstaaten<sup>8</sup> über eine schwache Justiz (Merkel 2007, S. 426). EU-Regeln werden auch in vielen alten Mitgliedsstaaten (u. a. Irland, Italien) – obgleich der formalen Umsetzung – in der Praxis unzureichend implementiert (Schimmelfennig und Schweltnus 2011, S. 295).

In der Forschungsliteratur wird, trotz der in den alten EU-Mitgliedsstaaten auffindbaren Verschlechterungen der Demokratiequalität, vorrangig ein Rückgang für die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten konstatiert (Walker und Habdank-Kolaczowska 2012; Puddington 2011b). Diese Aussagen beruhen primär auf Demokratieindizes (u. a. Freedom House, Polity-IV-Projekt), die nach dem heutigen Stand der Forschung nicht differenziert genug sind, um die Qualität von etablierten Demokratien – und damit verbunden, mögliche Verschlechterungen – nuanciert abzubilden (Erdmann 2011, S. 39; Pickel 2012, S. 2; Jäckle et al. 2012, S. 100; Pickel et al. 2015, S. 497).

Zudem liegt der Fokus vornehmlich auf dem Vergleich weniger Länder (Kneuer 2011; Frankenberger und Graf 2011; Stefes und Sehring 2011; Ganev 2013; Duarte 2014) oder Einzelfallstudien (Patzke 2011; Braml und Lauth 2011; Andersen 2006). Studien mit einer mittleren oder großen Zahl von Ländern (Svolik 2008; Erdmann 2011; Lührmann und Lindberg 2018; Svolik 2015; Lührmann et al. 2018b; Lührmann et al. 2018a) finden sich eher selten. Ferner beschränkt sich der Großteil der Forschungsarbeiten auf die Veränderung der Demokratiequalität, potenzielle Ursachen werden kaum betrachtet (Erdmann 2011; Skaaning 2011; Pickel 2012; Tomini und Wagemann 2018).

An dieser Stelle knüpft das Forschungsinteresse der Arbeit an. Erstens werden in die Analyse, abgesehen von Kroatien, alle Mitgliedsstaaten der EU einbezogen, sodass Aussagen über eine Verschlechterung der Demokratiequalität für die alten wie die neuen Mitglieder getätigt werden können. Zweitens wird der *Decline of Democracy* mit einem stringen-

---

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang nennt Merkel (2007) Kroatien, Lettland, Bulgarien und Rumänien.